

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 848 ppbn d

Inhalt

Herbert Ehrenberg MdB,
Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung, zeigt
die positive Konjunktur-
entwicklung am Arbeits-
markt auf: Reserven in
der Selbstverwaltung.

Seite 1 - 3

Hugo Brandt MdB fordert
in der BGS-Amtshilfe-Dis-
kussion klare Vorstel-
lungen der Politiker: Po-
lizei darf nicht Geheim-
polizei werden.

Seite 4/5

Klaus Thüsing MdB schil-
dert, wie Kubas Ausreise-
aktion in schiefes Licht
gebracht wird: Vorurteile
verdecken die Wahrheit.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesperger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 78

23. April 1980

Reserven in der Selbstverwaltung

Der Arbeitsmarkt spiegelt die positive Konjunktorentwicklung wider

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Die Arbeitsmarktpolitik hat in den zurückliegenden schwierigen Jahren bewiesen, daß sie einen wesentlichen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten kann: Die Bundesanstalt für Arbeit hat 1979 unter anderem für 210.000 Arbeitnehmer und Arbeitslose berufliche Bildungsmaßnahmen durchgeführt, in 451.000 Fällen die Arbeitsaufnahme gefördert und im Jahresdurchschnitt für 51.000 Arbeitslose Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt.

Wir haben also im vergangenen Jahr einen Durchbruch beim Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt. Nachdem die extrem hohe Arbeitslosigkeit von dem 1975 erreichten Höchststand von 1.074.000 zunächst bis 1978 Jahr für Jahr nur schrittchenweise zurückgegangen war, fiel der Rückgang 1979 mit rund 117.000 auf 876.000 im Jahresdurchschnitt etwa viermal so hoch aus wie in den Vorjahren. Noch deutlicher zeigt der Wiederanstieg der Zahl der abhängig Beschäftigten um fast 650.000 in beiden Jahren 1978 und 1979 die Verbesserung der Situation.

Diese positive Entwicklung hat sich im ersten Quartal des Jahres 1980 in vollem Umfang fortgesetzt. Bereits jetzt konnte Herr Stingl für März eine Arbeitslosenzahl von 876.000 und eine Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent melden, die den Jahresdurchschnitt von 1979 bereits im ersten Monat des Frühjahrsaufschwungs wieder erreicht. Im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres liegt die Arbeitslosenzahl um 120.000 niedriger als im vorigen Jahr.

Der Arbeitsmarkt spiegelt damit die positive Konjunktorentwicklung wider: Im Januar und Februar lag die Produktion der gewerblichen Wirtschaft um sechs Prozent höher als vor einem Jahr und die Auftragseingänge im Februar übertrafen den Vorjahresstand sogar um 16 Prozent.

Wenn ich trotzdem nicht in Euphorie verfallende und keine Korrektur der im Jahreswirtschaftsbericht von der Bundesregierung im Januar angenommenen Zahlen für 1980 (Arbeitslosenquote 3,5 Prozent und vier Prozent; Zunahme der Zahl der Erwerbs-

Printübertragung
mit erweitertem
Reichweite



tätigen bis zu 0,5 Prozent ankündigen kann, so liegt dies an der außerordentlich schwierigen außenpolitischen Lage mit ihren erheblichen Risiken für unseren Außenhandel und unsere Energie- und Rohstoffversorgung.

Dazu kommen arbeitsmarktpolitische Herausforderungen im Inneren, nämlich bis Mitte der 80er Jahre weiter wachsendes Arbeitskräftepotential durch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre, steigende Zahl vor allem junger Ausländer der zweiten Generation und die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt.

Weiterhin bleibt das Problem der unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei den einzelnen Personengruppen auf dem Arbeitsmarkt: Erfreulich ist der überdurchschnittliche Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit, die nun schon seit mehr als zwei Jahren unter der allgemeinen Arbeitslosigkeit liegt und weiter sinkt. Dazu hat sicher die Bereitschaft der Arbeitgeber beigetragen, die Zahl der Auszubildenden erheblich zu erhöhen. Die Bundesregierung hat stets darauf gedrängt und dies liegt angesichts des in vielen Bereichen bestehenden Facharbeiterengpasses auch im Interesse der Unternehmen.

Große Sorgen habe ich, weil für die Schwerbehinderten wohl Stahlindustrie und Bergbau ihre Pflichtquote erfüllt zum Teil sogar weit übererfüllt haben, nicht aber zahlreiche Unternehmen anderer Wirtschaftszweige, ebenso wie die staatlichen Arbeitgeber. Ich appelliere an diese Arbeitgeber, diesem Beispiel zu folgen; denn an der Schwere der Arbeit kann es kaum liegen, wenn Wirtschaftszweige mit besonders schweren Arbeitsbedingungen ihrer Verpflichtung nachkommen und sich nicht über die Ausgleichsabgabe freikaufen. Ich unterstreiche dies so, weil die Arbeitslosigkeit der Schwerbehinderten ebenso wie auch die der älteren, über 59jährigen Arbeitnehmer im Jahre 1979 entgegen dem Rückgang der allgemeinen Arbeitslosigkeit weiter erheblich angestiegen ist. Erst in den letzten beiden Monaten, Februar und März 1980, zeigt sich auch hier ein - wenn auch weit unterdurchschnittlicher - Rückgang. Ich hoffe, daß sich dieser Rückgang fortsetzt.

Ich werde in Kürze ein umfassendes Forschungsvorhaben zur Situation der Arbeitnehmer in der Spätphase ihrer Erwerbstätigkeit in Auftrag geben. Dabei soll vor allem auch die Frage eines flexibleren Überganges vom Arbeitsleben in das Rentnerdasein untersucht werden. Hier liegt noch ein weites Feld für die Tarifvertragsparteien, das es zu nutzen gilt. Im Bereich der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, aber auch in der Stahlindustrie und im Bergbau gibt es interessante Ansätze.

Schließlich ist auf die große Gruppe der arbeitslosen Frauen hinzuweisen. Die Arbeitslosigkeit der Frauen ist in den letzten Jahren zwar auch, aber nur unterdurchschnittliche, zurückgegangen. Obwohl Frauen weniger als 40 Prozent der abhängig Erwerbstätigen ausmachen, stellen sie im März 1980 wieder über die Hälfte aller Arbeitslosen. Ich weiß, daß darunter viele Teilzeitarbeitsuchende sind, die schwerer unterzubringen sind, und daß die Zahl der beschäftigten Frauen in den letzten Jahren stärker zugenommen hat als die der Männer. Die hohe Frauenarbeitslosigkeit kann nicht hingenommen werden. Die Modellversuche der Bundesregierung haben gezeigt, daß Frauen in sogenannten "Männerberufen" ihren Mann stehen können. Es gilt, ihnen nur die entsprechenden Ausbildungs- und Qualifizierungschancen einzuräumen. Deshalb hätte ich mir auch einen höheren Anteil von Frauen an den innerbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen des arbeitsmarktpolitischen Programms der Bundesregierung gewünscht.

Die bedeutendste arbeitsmarktpolitische Aufgabe der nächsten Jahre ist nach meiner Ansicht die Verbesserung der Qualifizierung der Arbeitnehmer. Und zwar in erster Linie im Interesse der Arbeitnehmer selbst an einem sicheren und besseren Arbeitsplatz, aber auch im Interesse der Wirtschaft an einer ausreichend qualifizierten Arbeitnehmerschaft. Nur so können Facharbeiterengpässe in Zukunft vermieden werden. Nicht nur Intelligenz, Arbeitswille und Disziplin werden für unsere Zukunft in dem rohstoffarmen Land Bundesrepublik Deutschland entscheidend sein, sondern auch die berufliche Bildung. Nur mit entsprechender Qualifizierung werden die großen Herausforderungen des Strukturwandels im Energiebereich, im Bereich des Umweltschutzes und im Bereich der neuen Technologien - Stichwort Mikroelektronik - bewältigt werden. Deshalb ist es auch sozialpolitisch nicht zu verantworten, daß weiterhin rund 100.000 Jugendliche jährlich ohne Berufsausbildung als Jung-



arbeiter in den Arbeitsprozeß eintreten, daß der größere Teil der ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß und ohne berufliche Bildung bleibt und daß Frauen und Mädchen die beruflichen Bildungschancen nicht im gleichen Umfang wie Männer nutzen können und nutzen.

Wichtige Schritte zur Verbesserung der beruflichen Bildung sind mit der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, die am 1. August 1979 in Kraft getreten ist, und vor allem mit dem Arbeitsmarktpolitischen Programm der Bundesregierung für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen getan worden. Das Arbeitsmarktpolitische Programm hat sehr großen Anklang gefunden. Zu Beginn der Antragsfrist waren bereits Anträge mit einem Förder volumen von 964 Millionen DM eingegangen. Da der Bundesregierung nur 500 Millionen DM zur Verfügung standen, hätte eine erhebliche Kürzung oder Repartierung stattfinden müssen, wenn nicht die Bundesanstalt für Arbeit mit über 400 Millionen DM zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingetreten wäre. Bis März 1980 waren 580 Millionen DM ausgegeben oder den Antragstellern verbindlich zugeteilt.

Die Bundesregierung hat, als sich am Anfang des Jahres 1979 zeigte, daß von dem sich seit 1978 verstärkenden wirtschaftlichen Aufschwung und der Verbesserung der Beschäftigungslage einige Regionen der Bundesrepublik nicht erfaßt wurden, ja, daß dort zum Teil die Arbeitslosigkeit weiter stieg, sofort gehandelt und am 16. Mai 1979 ihr Arbeitsmarktpolitische Programm für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen beschlossen.

Dabei sind selbstverständlich die knappen staatlichen Mittel gezielt so einzusetzen, daß ihr Einsatz den größtmöglichen Erfolg verspricht.

Deshalb wurden in das Programm nur die 23 Arbeitsamtsbezirke der insgesamt 146 einbezogen, die mit mehr als sechs Prozent im Jahresdurchschnitt 1978 die höchsten Arbeitslosenquoten aufwiesen. Die 23 Arbeitsamtsbezirke konzentrieren sich auf die fünf Regionen: Ostfriesland, niedersächsischer Zonenrand, Ostbayern, das Saarland und das Ruhrgebiet. Durch die Herausbildung des Ruhrgebietes zu einer neuen arbeitsmarktpolitischen Problemregion erhielt das Problem der Differenzierung der regionalen Arbeitsmärkte eine neue Dimension.

Heute, ein Dreivierteljahr nach Inkrafttreten des Programms, zeigen sich positive Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt in den Förderregionen. Ich habe dies in einem ersten Erfahrungsbericht, im einzelnen dargestellt. Als Fazit läßt sich sagen, daß seit dem Winter 1979/80 die Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen wieder Anschluß an die Entwicklung im übrigen Bundesgebiet gefunden haben. Im Februar 1980 war der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der 23 Programmarbeitsamtsbezirke sogar etwas größer als im Bundesgebiet.

Ich hoffe, daß dies so bleiben wird und daß damit die regionale Auseinanderentwicklung, die von 1975 bis Anfang 1979 angehalten hatte, endlich gestoppt und umgekehrt worden ist. Zu dieser positiven Entwicklung, nicht nur hier im Ruhrgebiet, sondern auch an der Saar, in Ostfriesland und auch in Bayern hat natürlich nicht nur die Arbeitsmarktpolitik geführt, sondern dazu hat auch die Wirtschafts- und Strukturpolitik in entscheidendem Maße beigetragen. Ich erinnere nur an die Maßnahmen der Bundesregierung für den Steinkohlenbergbau, die Stahlindustrie, den Schiffbau und Zonenrandförderung. Es war also eine abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, die zu den Erfolgen beigetragen hat.

Dem Erfolg gehört aber nicht nur der Beitrag der staatlichen Politik, sondern auch der Beitrag der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, der Arbeitgeber und ihrer Verbände in diesen Regionen. Hier, bei der Beteiligung der sozialen Gruppen an der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik liegen jedoch noch Reserven, die genutzt werden sollten: Ich meine die Aktivierung der Selbstverwaltungsorgane der Arbeitsämter. Die Verwaltungsausschüsse, die zu je einem Drittel mit Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand besetzt sind, sollten ihre Möglichkeiten zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik vor Ort viel stärker nutzen. Auf örtlicher Ebene können viel eher regionale Entwicklungen erkannt und gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Gang gesetzt werden. Die Organe der Selbstverwaltung sollen nicht "verwalten", sondern aktiv werden.

(-/23.4.1980/ks/ca)



Polizei darf nicht Geheimpolizei werden

Politiker müssen sagen, wie sie sich Amtshilfe vorstellen

Von Hugo Brandt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß

Das ist jetzt schon eine Zeitlang her, daß die Praxis der Amtshilfe ins Kreuzfeuer der Kritik geriet. Und das nicht von ungefähr. Denn wie immer die Beurteilung von Grenzkontrollen aussehen mochte - nützlich, sinnlos, gefährlich, schädlich, je nach Standpunkt und Engagement - eines war eigentlich, außer von geradezu selbstmörderischen Scharfmachern, unbestritten: daß die Amtshilfe nicht zur festen Brücke werden darf, durch die die bewußt voneinander getrennten Polizei- und Geheimdienste plötzlich sich wieder befeinanderfanden. Das ist die eigentlich politische Dimension der Vorgänge: die drohende Verklammerung dessen, was aus Gründen geschichtlicher Erfahrung besser getrennt bleiben soll.

Sozialdemokraten und Freidemokraten haben jedenfalls ihre sehr bestimmte Meinung schon frühzeitig zum Ausdruck gebracht, eben daß die Polizei Polizei bleiben sollte und nicht Geheimdienst, und die Geheimdienste ohne exekutive Befugnisse bleiben müßten, und daß unter keinen Umständen und keiner Bedingung eine Geheimpolizei entstehen dürfe. Auch nicht mit Hilfe der Amtshilfe.

Nun sind nach dem Grundgesetz alle Behörden des Bundes und der Länder zur Amtshilfe verpflichtet. Der Grundsatz wurde auch gar nicht bestritten. Die zu klärende Frage war, ob Amtshilfe nicht auch ihre Grenzen hat und ob die Grenzen nicht gerade dort besonders scharf gezogen werden müssen, wo andere Prinzipien des Grundgesetzes berührt sind. Die Opposition sah mal wieder die innere Sicherheit gefährdet, den Staat zusammenbrechen und überhaupt den Innenminister als Sicherheitsrisiko. Der wird es zu tragen wissen, zumal er sicher sein kann, daß ihm die Sozialdemokraten helfen werden zu tragen. Sechs Professoren haben, durch den Bundesinnenminister darum gebeten, ihre sachlich begründete Meinung zu Papier gebracht, eine Menge Papier. Im wesentlichen kommen sie zu folgenden Schlußfolgerungen, die hier in der Fassung des Bundesinnenministeriums zitiert werden:

1. Die grenzpolizeiliche Kontrolle ist eine gesetzliche Aufgabe des Bundesgrenzschutz (BGS); er hat dazu die Befugnis, Personen anzuhalten und sich mitgeführte Ausweise- und Grenzübertrittspapiere vorzeigen und aushändigen zu lassen.



2. Bei den Feststellungen des BGS nach der SO-GK sowie bei der Übermittlung der dabei gewonnenen Erkenntnisse an BfV und BND handelt es sich nicht um die Wahrnehmung eigener Aufgaben durch den BGS.
3. Amtshilfe des BGS für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) durch Gewinnung und Übermittlung von Erkenntnissen ist grundsätzlich zulässig, da die Aufgaben des BfV gesetzlich festgelegt sind.
4. Im Wege der Amtshilfe darf aber die gesetzliche Bestimmung, wonach dem BfV keine polizeilichen Befugnisse und keine Kontrollbefugnisse zustehen, nicht umgangen werden.
5. Schranken der Amtshilfe des BGS für das BfV ergeben sich auch aus dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.
6. Ob und inwieweit darüber hinaus aus dem Grundsatz der informationellen Gewaltenteilung weitere Schranken für die Amtshilfe BGS/BfV abgeleitet werden müssen, wurde von den Gutachtern unterschiedlich beurteilt.
7. Die Übermittlung von nicht personenbezogenen Sachinformationen durch den BGS an den BND, die durch Personenbefragung auf freiwilliger Grundlage gewonnen werden, ist zulässig.
8. Die Übermittlung personenbezogener Erkenntnisse durch den BGS an den BND erscheint wegen des Fehlens einer gesetzlichen Festlegung der Aufgaben des BND rechtlich bedenklich; ein Teil der Gutachter hält sie jedoch im Hinblick auf die Erwähnung des BND in verschiedenen Gesetzen, zum Beispiel PKK-Gesetz, G 10, BDSG, für eine Übergangszeit hinnehmbar.

Es zeigt sich auch nach dieser Zusammenfassung, daß es noch ungelöste Probleme gibt, und wenn ich es recht sehe, wird das ganze Feld nie problemlos sein. Aber man muß sich ja nicht durch Nachlässigkeit oder Farschheit noch zusätzliche Probleme auf den Hals laden. Eines ist klar: die Behörden brauchen klare Anweisungen über das, was sie dürfen und was nicht. Dazu müssen die Politiker erst einmal klar sagen, was sie wollen und was nicht. Der Innenminister hat dafür gesorgt, daß die möglichen Antworten gut vorbereitet wurden. Das sei ihm gedankt. Nun kommt es darauf an, die gesetzlichen Folgerungen zu ziehen. Die Sozialdemokraten werden helfen.

(-/23.4.1980/hi/ca)



Vorurteile verdecken die Wahrheit

Kubas Ausreiseerlaubnisse werden in schiefes Licht gebracht

Von Klaus Thüsing MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

CDU-Sprecher Günther Henrich witterte einen Skandal. REPORT-Moderator Franz Alt wußte es dann schon ganz genau: Für die von der "Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba" in einer ersten Stellungnahme des Büros gewählte Formel, bei den Kubanern auf dem Gelände der Botschaft Perus in Havanna handele es sich "durchweg um Asoziale und Kriminelle", sei niemand anders verantwortlich als ich.

Macht nichts, daß ich, als das Büro der Freundschaftsgesellschaft die Erklärung verbreitete, mich gar nicht in der Bundesrepublik befand, daß die Erklärung keine Unterschrift trug, daß sie auch nicht im Namen des Vorstandes abgegeben wurde, daß der vorgedruckte Briefbogen mich lediglich als Vorstandsmitglied auswies: Die Erklärung mußte herhalten, um einen "Fall Thüsing" zu konstruieren.

Auch ich kritisiere die in der Erklärung gewählten Formeln; auch die Kubaner selbst haben nicht von "Asozialen", sondern von "antigesellschaftlichen Kräften" gesprochen. Doch unverkennbar ist, daß die Ereignisse in Havanna vielen gerade recht kamen, um hämisch festzustellen, nun habe sich "das Castro-Regime entlarvt".

Mit der Wahrheit ging man dabei großzügig um. Vorurteile waren wichtiger als beispielsweise die Erklärungen der Regierung Kubas oder die Berichte von Augenzeugen.

Dabei sind die Vorgänge leicht zu durchschauen. Sieben Kubaner hatten sich unlängst gewaltsam Zugang zur Botschaft Perus verschafft, wohl in der Hoffnung, daß ihnen Peru eine Einreise gestatten würde. (Das war auch in der Vergangenheit schon geschehen. Daraufhin hatte seinerzeit Peru von den Kubanern eine Bewachung der Botschaft verlangt.) Weil bei dem Gewaltakt ein kubanischer Wachposten erschossen worden war, zog die Regierung Kubas die Bewachung zurück. Die kubanische Tageszeitung "Granma" schrieb, die Tat sei wie alle Botschaftsbesetzungen kriminell gewesen, aber niemand werde gehindert, die Botschaft Perus wie auch die anderer Länder, die in der Regel nicht bewacht sind, zu betreten und das Land zu verlassen, wenn eine Einreisegenehmigung vorgelegt werde.

Fidel Castro erklärte: "Die historische Aufgabe, eine Revolution zu machen und den Sozialismus aufzubauen, ist absolut freiwillig."

Im Glauben, Peru werde ohne weiteres die Ausreise gestatten, kamen daraufhin einige Tausend Menschen auf das Gelände der Botschaft. Die Zahlenangaben, und zwar auch die in den Berichten westlicher Beobachter, schwanken zwischen Drei- und Zehntausend.

Für Kenner Kubas passierte nichts Überraschendes. Natürlich gibt es in einer Millionenstadt wie Havanna einige Tausend, die aus unterschiedlichen Gründen, und darunter natürlich auch ehrenhaften, unzufrieden sind, die glauben, ihr Glück anderswo machen zu können, die sich außerhalb von Kuba ein anderes und besseres Leben versprechen; schließlich ist Kuba nach wie vor ein Entwicklungsland; harte Arbeit wird gefordert. Pflanzenkrankheiten und Wirbelstürme haben im letzten Jahr einen Großteil des Zuckerrohrs und



fast die gesamte Tabakernte vernichtet; Versorgungsengpässe waren die Folge. Kubas Engagement in Afrika und die großzügige Hilfe für das vom Krieg verwüstete Nicaragua und andere Länder Lateinamerikas kosten Arbeitskraft und Geld.

Das Kommerzfernsehen und der Rundfunk der USA, die auf Kuba empfangen werden können, zeigen nicht die Millionen im Elend der Slums amerikanischer Großstädte, sondern eine Welt unbeschwertem Konsums. Seit circa zwei Jahren erlaubt Kuba auch Verwandtenbesuche der über fünfhunderttausend Kubaner, die meist in den ersten Jahren nach dem Sieg der Revolution Kuba in die Vereinigten Staaten verlassen durften.

Die Einstellungen dieser US-Kubaner sind eine Herausforderung für das Wertesystem Kubas, insbesondere für die Jugend, für die es selbstverständlich geworden ist, daß kein Kubaner mehr hungert, daß es für jeden Arbeit gibt, daß jedes Kind zur Schule geht, es eine gute medizinische Versorgung gibt und die die Zeit der Diktatur und des Massenelends nicht mehr erlebt hat. Außerdem, das stellte die Regierung Kubas ausdrücklich fest, gibt es Kubaner, "die aus ideologischen Gründen nicht mit der Revolution und dem (kubanischen) Sozialismus übereinstimmen".

Was also hier von interessierten Meinungsmachern und Politikern als "Bankrott Kubas" propagiert und eingesponnen wird in eine Kampagne gegen Sozialdemokraten, die in Freundschaftsgesellschaften dafür eintreten, daß sich Menschen verschiedener Länder und verschiedener gesellschaftlicher und politischer Systeme kennenlernen, ist ein leicht durchschaubares Manöver.

Es soll dennoch dem Pressesprecher der CDU nicht genommen werden, im "Sturm auf die Botschaft Perus" ein "anrührendes Zeichen der Sehnsucht nach materieller und geistiger Freiheit" (in dieser Reihenfolge!) zu sehen. In den Slums von Lima wird mancher Kubaner, der jetzt unbedingt heraus will, bald anders denken.

Die Innenminister der Bundesrepublik haben sich am vergangenen Wochenende bereit erklärt, 400 der ausreisewilligen Kubaner aufzunehmen. Diese Entscheidung könnte unkommentiert bleiben, wenn nicht um die Einreise jedes einzelnen politischen Gefangenen aus faschistischen und Militärdiktaturen wie Argentinien, Uruguay und Chile, wegen regelmäßig erhobener Sicherheitsbedenken gerungen werden müßte. Die Innenminister handeln offensichtlich nach dem Grundsatz: Wer aus einem kommunistischen Staat heraus will, ist in jedem Fall ein Demokrat, wer als politischer Gefangener aus einer Militärdiktatur heraus möchte, aber steht im Verdacht, ein gefährlicher Umstürzler zu sein. Das Demokratiebild einiger Innenminister bedarf offenbar dringend der Aufklärung im Sinne des Grundgesetzes.

(-/23.4.1980/ks/ca)

